



Der andere Blick am Morgen

von Johannes C. Bockenheimer
Redaktor NZZ Deutschland

Lieber Herr Nieporte

Wenn das Statistische Bundesamt an diesem Montag die Inflationsrate für Juni verkündet, dürfte das Echo verhalten ausfallen. Mit zuletzt 2,1 Prozent ist die Teuerung nahezu auf dem angestrebten Niveau der Europäischen Zentralbank. Die Zeiten, in denen steigende Preise für Strom, Lebensmittel oder Mieten die Titelseiten dominierten, scheinen also vorbei zu sein. Doch gerade in dieser Ruhe liegt eine Gefahr.

Denn kaum ist die Inflation halbwegs gezähmt, hat der deutsche Finanzminister Lars Klingbeil ein Schuldenprogramm vorgelegt, das man nur historisch nennen kann. [Neue Kredite in Höhe von 143 Milliarden Euro sollen allein im laufenden Jahr aufgenommen werden, insgesamt sind es 850 Milliarden bis 2029.](#)



Vizekanzler und Herr über die Staatsfinanzen: Lars Klingbeil auf dem Parteitag der SPD am Wochenende.

Florian Gärtner / Imago

Zum Vergleich: Die Gesamtverschuldung des Bundes liegt gegenwärtig bei rund 1700 Milliarden Euro – innerhalb weniger Jahre will die schwarz-rote Koalition also die Hälfte dessen aufnehmen, was alle Regierungen seit der Gründung der Bundesrepublik zusammengetragen haben.

Der SPD-Politiker Klingbeil nennt das einen «investitionspolitischen Paradigmenwechsel». Tatsächlich aber ist es eine riskante Wette auf die Zukunft. Kommt die Konjunktur in Schwung, steigen die Einnahmen – die Schulden wären tragbar. Bleibt der Aufschwung jedoch aus, wird aus dem grossen Wurf ein Bumerang: Schon ab 2027 reisst ein Milliardenloch die Haushaltspläne auf, Zinskosten steigen, neue Einschnitte drohen.

Die USA als abschreckendes Beispiel

Ein Effekt droht dabei aus dem Blick zu geraten: Die gewaltigen Staatsausgaben könnten die Inflation zurückbringen. Wenn mehr Nachfrage auf ein begrenztes Angebot trifft, steigen die Preise. Die USA liefern bereits jetzt ein warnendes Beispiel: Auch dort steigen die Staatsausgaben – und die Inflation zieht wieder leicht an.

Die Leidtragenden wären ausgerechnet jene, für die die SPD angeblich Politik macht: Menschen mit kleinem Einkommen. Sie trifft Inflation am härtesten, [wie Studien belegen](#). Doch auf dem Parteitag der Sozialdemokraten am Wochenende verlor Klingbeil dazu kein Wort. Stattdessen erklangen Rufe nach mehr Umverteilung. Der Juso-Chef Philipp Türmer etwa beklagte, dass «900 000 Menschen allein von Kapitalerträgen leben», während «20 Prozent der Familien sich nicht einmal eine Woche Urlaub leisten können».

Politische Grundmelodie der SPD

Solche Appelle gehören seit Jahren zur politischen Grundmelodie der Sozialdemokratie. Doch sie überdecken, dass die Realität komplexer ist: Die reichsten 10 Prozent tragen über 55 Prozent des Einkommenssteueraufkommens in Deutschland, die reichsten 25 Prozent sogar fast 77 Prozent.

Mehr Verteilung ist also kaum vorstellbar, es sei denn, man verteilt künftig in die andere Richtung. Und genau das droht nun ironischerweise: Sollte Klingbeils Schuldenpolitik die Inflation zurückbringen, wird das vor allem jene treffen, die ohnehin kaum finanziellen Spielraum haben.

Was sonst noch wichtig ist: